

C10 Dem Schleifen des Sozialstaats entschlossen entgegenzutreten, dem Kälte-Kanzler den Kampf anzusagen!

Antragsteller*in: Jusos Thüringen

Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung und Beschlussfassung

Antragstext

1 Friedrich Merz und seine (C)DU haben den „Herbst der Reformen“ ausgerufen, denn
2 der Sozialstaat, wie wir ihn heute haben, sei mit dem, was wir
3 volkswirtschaftlich leisten, angeblich nicht mehr finanzierbar. Laut Millionär
4 und Kurzstreckenflieger Merz würden wir seit Jahren über unsere Verhältnisse
5 leben.

6 „Bullshit!“ sagte Bärbel Bas und wir sagen: “Richtig so!” Der Sozialstaat ist
7 kein „nice-to-have“, keine Bonusleistung des Staates, sondern eine
8 verfassungsrechtlich gesicherte Pflicht des Staates und eine der größten
9 Errungenschaften unserer Gesellschaft. Die SPD kämpft dafür gemeinsam mit den
10 Gewerkschaften seit Jahrzehnten. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, für den
11 Erhalt und den Ausbau des Sozialstaats zu streiten. Für uns ist klar: Was wir
12 uns nicht leisten können, sind 249 Milliarden, die in Luxus leben, den wir alle
13 erwirtschaftet haben. Wie sie ruhig schlafen können und meinen, sie hätten ihren
14 Wohlstand verdient, während fast 3 Millionen Kinder in Deutschland in Armut
15 aufwachsen, ist uns unverständlich. Diese himmelschreiende Ungerechtigkeit
16 werden wir niemals akzeptieren.

17 Wir erleben zunehmend Angriffe auf unsere sozialen Sicherungen: Das Bürgergeld
18 soll weg, die Lebensarbeitszeit soll verlängert werden und die Rente sollen wir
19 am Besten nie durch die fortwährende Erhöhung des Eintrittsalters nie erreichen.
20 Kaum machen Meldungen über den hohen Krankenstand von Arbeitnehmer:innen in
21 Deutschland die Runde, wittern die Arbeitgeber:innen Morgenluft und fordern eine
22 Begrenzung der Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall. Arbeit und noch mal mehr
23 Arbeit gelten als Heilsbringer: Mehr Arbeit soll zu gesellschaftlichem Aufstieg
24 und wirtschaftlichem Wachstum führen. An der aktuellen wirtschaftlichen Flaute
25 seien wir alle schuld, weil wir schlichtweg zu wenig leisten würden. Ein Blick
26 auf die Zahlen allerdings zeigt, um bei Bärbel Bas zu bleiben: Das ist Bullshit!
27 In Deutschland wird so viel gearbeitet wie noch nie. Derzeit sind rund 46
28 Millionen Menschen in Deutschland erwerbstätig - ein Höchststand seit der
29 Wiedervereinigung.

Und auch wenn Bärbel Bas den Vorschlägen des Kanzlers, den Sozialstaat zu kürzen, zunächst eine Absage erteilt, kündigt sie eine weitere Nullrunde im Bürgergeld und härtere Sanktionen für Bürgergeldempfänger:innen an. Damit gibt sie Wasser auf die Mühlen der Reaktionären und Rechten, von AfD, CDU und FDP, die fernab von Fakten immer wieder den Sozialneid schüren: Das Bürgergeld sei viel zu hoch, würde Zuwanderung anlocken, Faulheit belohnen, Arbeit unattraktiv machen. Angeblich würden die Kürzungen der Bezüge im Bürgergeld ein erhebliches Sparpotenzial darstellen – ein Blick in den Haushalt dagegen zeigt: Die Ausgaben für das Bürgergeld stellen lediglich sieben Prozent des Haushalts dar. Um es mit Bärbel Bas' Worten zu sagen: Auch die Nullrunde im Bürgergeld ist schlichtweg: Bullshit!

Anfang 2026 soll die „Neue Grundsicherung“ in Kraft treten, bei der die Rückkehr zum „Vermittlungsvorrang“ im Fokus stehen soll. Erwerbslose sollen schnellstmöglich wieder auf den Arbeitsmarkt zurückkehren, anstatt zielgerichtet und nachhaltig weitergebildet und dann erst vermittelt zu werden. Die zu befürchteten „Drehtüreffekte“ von kurzfristiger Beschäftigung und darauffolgender Erwerbslosigkeit im Wechsel werden ausgeblendet, denn „auch einfache Tätigkeiten können ein Sprungbrett sein“, so die Arbeitsministerin - in der Realität sind sie es aber oft nicht. Denn sobald die „einfache Tätigkeit“ wegautomatisiert oder weggekürzt wird, steht die Person wieder vor dem Nichts. Um den Vermittlungsvorrang durchzusetzen, sollen die Sanktionen drastisch verschärft werden. Wer wiederholt „zumutbare Arbeit“ verweigert, soll das Bürgergeld weitestgehend gestrichen bekommen. Ausgenommen davon sind nur die Kosten für Unterkunft und Heizung. Das ist ebenfalls schlichtweg Bullshit, sogar verfassungswidriger Bullshit! Denn dieser Ansatz steht im Widerspruch zu den vom Bundesverfassungsgericht 2019 als verfassungswidrig verurteilten Leistungskürzungen um mehr als 30 Prozent.

- **Die geplante „neue Grundsicherung“ lehnen wir entschieden ab.** Als SPD sagen wir klar: Wir wollen eine **sanktionsfreie Grundsicherung**, die allen Menschen echte Sicherheit gibt, indem sie Armut zuverlässig verhindert. Grundsicherung bedeutet für uns nicht bloß Existenzminimum, sondern ein selbstbestimmtes Leben mit **gesellschaftlicher Teilhabe**.
- Statt der Wiederbelebung des Vermittlungsvorrangs fordern wir die Bundesregierung dazu auf, die **nachhaltige Qualifizierung der Leistungsbeziehenden und einen Umgang auf Augenhöhe in den Mittelpunkt der Vermittlung** zu stellen, um eine reelle Chance auf eine Reintegration in den Arbeitsmarkt zu gewährleisten anstatt eine Vermittlung um jeden Preis zu forcieren.
- Wir fordern die Bundesregierung und insbesondere Vertreter:innen der SPD in der Regierung sowie die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, die **Einführung von Totalsanktionen zu verhindern** und diesen eine **klare**

Absage zu erteilen!

- **Wir fordern außerdem endlich die Einführung einer echten Kindergrundsicherung!** Mit dem Scheitern der Ampel-Koalition scheiterten auch die längst verabredeten Bestrebungen, eine Kindergrundsicherung zu schaffen, die diesen Namen verdient. Wir fordern deswegen die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, sich für die Einführung einer Kindergrundsicherung einzusetzen! Kinder müssen konsequent aus der elterlichen Grundsicherung herausgelöst werden. Sie dürfen nicht länger Teil der Bedarfsgemeinschaften sein. Kinder haben ein eigenes Recht auf soziale Sicherheit, unabhängig von den Lebensumständen ihrer Eltern. Diese Grundsicherung muss armutsfest sein, Teilhabe garantieren und allen Kindern einen guten Start ermöglichen. Kinderarmut ist kein Zufall, sondern das Ergebnis eines ungerechten Systems, das sozioökonomische Ungleichheit von Generation zu Generation weitergibt. In einem der reichsten Länder der Welt lebt jedes fünfte Kind in Armut. Wir sagen klar: Armut darf nicht vererbt werden. Es darf nicht länger sein, dass reiche Familien über Kinderfreibeträge privilegiert werden, während arme Kinder mit zu wenig abgespeist werden. Wir wollen die **Streichung der Kinderfreibeträge** und fordern stattdessen eine solidarische Finanzierung der Kindergrundsicherung. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der Herkunft nicht über die eigene Zukunft entscheidet. Dafür ist die Einführung einer Kindergrundsicherung für uns der entscheidende Schritt.

80 Prozent der Menschen im Bürgergeld macht es Angst, wie Politiker:innen derzeit über sie sprechen. Nicht mal jede:r Zehnte von ihnen hat das Gefühl, Politiker:innen hätten ein realistisches Bild davon, wie es ihnen geht. In der Realität verzichten mehr als die Hälfte der Leistungsbeziehenden selbst auf Essen, um ihre Kinder besser ernähren zu können.

Die gesellschaftliche Debatte findet aber fernab von dieser Realität, dem täglichen Verzicht, der psychischen Belastung, der Angst und der Scham, der Stigmatisierung und den schlechten Erwerbsaussichten statt. Sie zielt stattdessen auf die sogenannten "Totalverweigerer" und Leistungsmissbrauch ab. Auch Bärbel Bas spricht von „mafiösen Strukturen“, die es zu „zerschlagen“ gelte. Dabei gibt es keine Datengrundlage, die den behaupteten organisierten Sozialleistungsbetrug als strukturelles Problem belegt. Der Anteil der sogenannten "Totalverweigerer" beläuft sich auf etwa 14.000 Menschen. Aktuell beziehen in Deutschland 5,5 Millionen Menschen Bürgergeld, darunter Kinder und Jugendliche, Kranke und Pflegende, Erziehende und Arbeitende, die durch das Bürgergeld ihren geringen Lohn aufstocken. Der Anteil der sogenannten "Totalverweigerer" ist mit 0,25 Prozent der Leistungsbeziehenden verschwindend gering. Aus einer kleinen Anfrage an die Bundesregierung ging außerdem hervor, dass es im letzten Jahr etwa 421 Fälle von „bandenmäßigen Leistungsmissbrauch“ gab - das entspricht 0,008 Prozent der Leistungsbeziehenden. Anstatt das Märchen des Sozialbetrugs weiter zu befeuern, müssen wir das Augenmerk auf den

tatsächlich stattfindenden systematischen Missbrauch unseres Systems richten: der Kampf gegen Steuervermeidungsstrategien von Vermögenden, die Bekämpfung der Cum-Ex-Geschäfte oder die leichte Vermeidbarkeit der Erbschaftsteuer sind gute Ausgangspunkte. Diese fehlgeleitete Debatte ist politisches und gesellschaftliches Gift. Sie schürt Misstrauen, versucht Kürzungen bis unter das Existenzminimum zu rechtfertigen und delegitimiert Menschengruppen und ist Ausdruck eines grundlegenden Systemversagens.

Alles für Alle, Alle für Alle!

Wir stellen uns entschieden gegen eine Gesellschaft, in der das Recht des Stärkeren gilt und jede:r gezwungen ist, nur für sich selbst zu kämpfen. Unser Ziel ist eine solidarische Gesellschaft, in der Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Die Starken dürfen aufgrund ihrer Privilegien oder aus Bequemlichkeit und Gewohnheit nicht noch weiter entlastet werden. Sie müssen mehr Verantwortung tragen und jenen zur Seite stehen, die Unterstützung brauchen.

Solidarität ist für uns kein leeres Wort, sondern der Kern eines gerechten Sozialstaats. Ein solcher Staat darf niemanden stigmatisieren, sondern muss allen auf Augenhöhe begegnen und verlässlich dafür sorgen, dass niemand in Armut, Ausgrenzung oder Existenzangst leben muss.

Wir wissen: Die Realität, in der wir leben, steht dem diametral entgegen. Das kapitalistische System produziert systematisch Ungleichheit, grenzt Menschen aus und spaltet unsere Gesellschaft immer tiefer. Unser Verständnis des Sozialstaats ist deshalb mehr als nur ein Reparaturbetrieb - er ist ein Werkzeug, um mit den ausbeuterischen Logiken des Kapitalismus zu brechen.

Ein echter Sozialstaat ist keine Option, sondern eine Garantie. Er muss allen Menschen in jeder Lebenslage ein Leben in Würde und tatsächlicher Freiheit sichern. Das heißt: nicht nur Risiken abfedern, sondern echte Chancen auf selbstbestimmte Lebensgestaltung eröffnen. Selbst wenn man scheitert, darf das nicht den Absturz ins Bodenlose bedeuten.

Darum gilt für uns als Partei: Ob Jobverlust, Krankheit oder jede andere Veränderung des eigenen Lebens – niemand darf durchs Netz und unter das Existenzminimum fallen. Ein Sozialstaat, der diesen Namen verdient, sorgt dafür, dass niemand gezwungen ist, in Angst, Armut oder Abhängigkeit zu leben.

- Statt in den Chor der Angriffe der CDU auf den Sozialstaat und seiner Leistungen mit einzusteigen, muss die **SPD den Sozialstaat und das System der sozialen Sicherung verteidigen!** Kürzungen der öffentlichen Daseinsvorsorge und Sozialabbau dürfen niemals die Antwort sein! Wir

fordern deswegen alle Mitglieder der Bundesregierung, der Bundestagsfraktion und der SPD - Landtagsfraktionen dazu auf, sich an dieser Scheindebatte nicht zu beteiligen, sondern eine faktenbasierte Debatte zu führen. **Die SPD muss gegen die drohende Deregulierung, der Schwächungen von Arbeitnehmer:innenrechten und Gewerkschaften eintreten!**

- **Wir müssen die Sozialversicherungen zu solidarischen Bürgerversicherungen ausbauen!** Die jetzigen Sozialversicherungen sind ein Flickenteppich, der soziale Ungleichheit zementiert: Wohlhabende kaufen sich mit privaten Zusatzversicherungen aus der Solidarität frei, während prekär Beschäftigte und Erwerbslose die Lasten des Systems schultern. Nur mit einer solidarischen Bürgerversicherung, in die alle unabhängig von Erwerbsstatus, Einkommen oder Lebenslage einzahlen und den gleichen Anspruch auf Absicherung erhalten, können wir dieses Klassensystem aufbrechen. Die Beitragsbemessungsgrenzen sind nichts anderes als ein Schutzschild für Reiche und gehören abgeschafft. Wer mehr verdient, trägt auch mehr Verantwortung. Unser Ziel ist ein System, das konsequent solidarisch ist, das Privilegien der Besserverdienenden beseitigt und soziale Sicherheit als gesellschaftliches Recht verankert - nicht als Marktprodukt für die, die es sich leisten können.
- **Wir müssen die Arbeitslosenversicherung neu denken!** Arbeitslosigkeit ist kein individuelles Versagen, sondern die direkte Folge eines kapitalistischen Systems, das Menschen nach Profitlogik verwertet und aussortiert. Wer in diesem System ohne Arbeit bleibt, wird stigmatisiert und in die Armut gedrängt - genau das wollen wir beenden. Deshalb fordern wir eine **Jobgarantie**. Wir fordern die gesetzliche Verankerung des Rechts, jederzeit in Arbeit kommen zu können. Niemand darf mehr von der Arbeitslosenversicherung in die Grundsicherung durchgereicht werden. Der soziale Arbeitsmarkt und gezielte öffentliche Förderung müssen sicherstellen, dass Erwerbstätigkeit verfügbar ist – nicht nur für die „Verwertbaren“, sondern für alle.
- **Wir müssen die Rente endlich armutsfest machen!** Die neoliberale Rentenpolitik der letzten Jahrzehnte hat die Rente zu einem Spielball der Finanzmärkte gemacht: Beitragskürzungen, Privatisierung und das Auslagern von Verantwortung auf kapitalgedeckte Modelle. Das Ergebnis heißt Altersarmut. Damit muss Schluss sein. Eine solidarische Gesellschaft garantiert ein gutes Leben auch im Alter. Deswegen müssen wir das Rentenniveau bei mindestens 53 Prozent stabilisieren und konsequent an die Lohnentwicklung koppeln. Wer mehr verdient, muss endlich auch mehr beitragen: Die Beitragsbemessungsgrenzen sind Privilegien für Reiche und gehören abgeschafft. Gleichzeitig deckeln wir die maximal erreichbaren Entgeltpunkte und führen so eine **Maximalrente** ein, die Exzesse nach oben verhindert. Altersabsicherung ist kein Spielplatz für Luxus, sondern ein Schutz vor Armut. Versicherungsfremde Leistungen – Grundrente, Mütterrente

und andere – müssen vollständig steuerfinanziert sein. Steuerzuschüsse sind für uns unverzichtbar, um die Rente armutsfest zu machen. Rentenpolitik darf nicht länger ein Instrument sozialer Spaltung sein. Deshalb müssen wir die gesetzliche Rentenversicherung zu einer echten Bürgerversicherung ausbauen: Selbstständige, Beamt:innen und alle Erwerbstätigen zahlen ein. So verbreitern wir die Basis, schaffen Gerechtigkeit und sichern das Solidaritätssystem. Gleichzeitig garantieren wir mit einer Mindestrente ohne Bedürftigkeitsprüfung, dass niemand im Alter ins Elend fällt - egal ob durch prekäre Beschäftigung, Befristungen oder Erwerbslücken. Altersarmut ist politisch gemacht - damit muss Schluss sein!

- Wir erkennen an, dass unser Sozialsystem Lücken aufweist, die es zu schließen gilt. Das System ist in seiner aktuellen Form nicht zukunftsfähig, um den großen bevorstehenden Transformationen, wie dem demographischen Wandel, trotzen zu können. Wir müssen auf diese Fragen soziale und gerechte Antworten finden, die nicht darin bestehen, dass Leistungsniveaus gekürzt werden. Insbesondere die Generationengerechtigkeit darf dabei nicht unbeachtet bleiben.

Wir Jusos sind überzeugt: Die Sozialdemokratie muss stets an der Seite der Schwächsten stehen. Unsere Partei ist aus dem Kampf um Augenhöhe zwischen Arbeiter:innen und Arbeitgebenden gewachsen, um Machtungleichheiten und Abhängigkeiten aufzubrechen, ein Leben in Freiheit und Sicherheit zu ermöglichen und den kapitalistischen Verwertungslogiken den Kampf anzusagen. Unseren Grundwerten liegt ein humanistisches Weltbild zu Grunde, in dem der Mensch seinen Wert nicht erarbeiten muss, sondern ihn qua Geburt hat und ihn behält – egal, ob er dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht oder nicht. Weil wir der festen Überzeugung sind: der Wert eines Menschen darf niemals an Bedingungen geknüpft sein!

Das Treten nach unten nutzt nur den Rechten! Deswegen: her mit der Systemfrage!

Bürgergeldbeziehende werden zu Sündenböcke für die anhaltende Wirtschaftsflaute gemacht. Anstatt das Vermögen der Reichen anzufassen, wälzt die Bundesregierung die Verantwortung für die fehlenden Haushaltsmittel auf Erwerbslose ab. Dabei sind die Einsparungen beim Bürgergeld nicht nur aus ökonomischen und moralischen Gründen fragwürdig. Es werden vor allem zwei Gruppen fälschlicherweise gegeneinander ausgespielt: Arbeitnehmende und Erwerbslose. Durch die geplante stärkere Bestrafung von Erwerbslosigkeit und die zunehmende soziale Ächtung von Betroffenen, werden konkrete Abstiegsängste geschürt, die die Abhängigkeiten der Arbeitnehmenden zu Arbeitgebenden erhöhen, Jobverlustängste befeuern, Akzeptanz von schlechten Arbeitsbedingungen erhöhen und so das Leben der Menschen verschlechtern. Dagegen vermehren Reiche weiterhin unbekümmert ihr Geld. So darf das nicht bleiben! Statt das Treten nach unten zu befeuern, muss die

Sozialdemokratie endlich die Systemfrage stellen! Es kann nicht sein, dass die reichsten 10 Prozent den Großteil des privaten Vermögens besitzen, während 20% der Bevölkerung kein oder sogar negatives Vermögen haben. In kaum einem anderen europäischen Land sind die Vermögen so ungleich verteilt wie in Deutschland.

Diese Ungleichheit hilft vor allem rechten Parteien zum Wahlerfolg, die SPD hat hier eine Lücke gelassen, die es zu schließen gilt. Die SPD muss sich der Aufgabe annehmen, die Verteilungsfrage und die Bekämpfung der Ungleichheiten in unserem Land wieder zu ihrer Aufgabe zu machen. Weil es nie dringender war, die Ungleichheit endlich zu bekämpfen. Die Erzählung, dass es für echte linke Politik keine Mehrheit in der Gesellschaft gäbe, ist falsch. So nehmen viele der "neuen" AfD-Wähler:innen in wirtschaftspolitischen Fragen linke Positionen ein, fordern eine Verringerung der Ungleichheit und einen höheren Mindestlohn. Die AfD mobilisiert erfolgreich mit Ängsten und sozialer Verunsicherung. Diese beruhen vor allem auf der Erfahrung von Wohlstandsverlusten, wie zur Zeit der sogenannten Wende oder etwa durch plötzliche hohe Inflation. Diese Ereignisse haben Zukunftsängste real werden lassen und die Schwäche der sozialen Sicherungssysteme offenbart. Insbesondere die Transformationsprozesse, wie der sozial-ökologische Wandel, die Dekarbonisierung und die Digitalisierung, werden als Bedrohung des eigenen Status quo verstanden. Transformationsängste sind Brandbeschleuniger für die Stimmungsmache von rechtsaußen. Es ist deswegen unsere Aufgabe als Jungsozialist:innen und Teil der Sozialdemokratie, einen positiven demokratischen Zukunftsentwurf zu entwerfen, in dem die sozioökonomische Absicherung insbesondere derjenigen, die vom Wandel des Arbeitsmarktes betroffen sind, in den Mittelpunkt gestellt wird.

- Wir dürfen nicht länger nur über die Erhöhung der Erbschaftssteuern sprechen, sondern müssen es endlich machen. Während jede achte Erbschaft vermögenslos ist, geht die Hälfte des gesamten Erbschaftsvolumen an die oberen zehn Prozent. Erbschaften verstärken die absolute Ungleichheit enorm: Personen mit größerem kulturellem und ökonomischem Kapital haben höhere Erbchancen und erhalten höhere Erbsummen. Ein ganz erheblicher Unterschied zeichnet sich vor allem zwischen Ost- und Westdeutschland ab. Mit 33 Prozent ist die Erbquote deutlich geringer als in Westdeutschland, wo sie bei 49 Prozent liegt. Jetzt, wenn sogar Jens Spahn bestehenden Vermögensungleichheiten in unserem Land und die Notwendigkeit der **Reform der Erbschaftssteuer** erkannt hat, fordern wir die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, **schnellstmöglich einen entsprechenden Gesetzentwurf** in den Bundestag einzubringen, bevor Jens Spahn links an der SPD vorbeizieht.
- **Wir fordern die Wiedereinführung der Vermögenssteuer!** Große Vermögen sind kein privates Spielgeld, sondern gesellschaftlich geschaffene Reichtümer - und sie müssen auch der Gesellschaft zugutekommen. Die Vermögenssteuer ist für uns ein wichtiges Gerechtigkeitswerkzeug. Während Beschäftigte und Erwerbslose jeden Euro versteuern, werden Milliardenvermögen unangetastet gehortet. Damit muss Schluss sein: Dieser Reichtum muss endlich umverteilt

werden!

Klar ist: es besteht ein Haushaltsloch von etwa 30 Milliarden Euro im Haushalt für 2027, das geschlossen werden muss. Dies wurzelt vor allem auf den höheren Zinskosten der kriegsbedingten Staatsverschuldungen, etwa um der Corona-Pandemie und der Energiekrise zu begegnen, sowie den steigenden Zinssätzen. Die Zinskosten steigen bis 2029 um über 32 Milliarden Euro. Dazu kommt eine geplante Schuldentilgung von 9 Milliarden Euro, insgesamt 41 Milliarden Euro. Das stellt mehr als die Hälfte der Haushaltslücke von 74 Milliarden Euro in diesem Jahr dar. Ein wesentlicher Teil der Haushaltslücke ergibt sich damit aus den Zins- und Tilgungskosten der aufgenommenen Kredite. Dazu kommen die Ausgaben für verteidigungspolitische und infrastrukturelle Sondervermögen. Das Problem liegt also nicht in einem aufgeblasenen und überbordenden Sozialstaat, sondern vielmehr in der Bewältigung der Krisen der letzten Jahre und der Herausforderungen der Zukunft.

Vor diesem Hintergrund ist es keine Option diese Lasten durch Leistungskürzungen bei der breiten Bevölkerung und insbesondere bei denjenigen Menschen, die besonderes vom Sozialstaat abhängig sind, abzuladen, während Wohlhabende und Einkommensstarke von diesen Maßnahmen nicht betroffen und durch die Unternehmenssteuersenkung sogar entlastet werden.

- Deswegen fordern wir die **Erhebung eines Krisen-Solidaritätszuschlags zur Einkommens- und Körperschaftssteuer für die reichsten zehn Prozent** unserer Bevölkerung! Dieser könnte schnell und unbürokratisch erhoben und an sich gegebenenfalls ändernde Bedarfe angepasst werden. Die Lasten der Krisen unserer Zeit müssen solidarisch von den starken Schultern getragen werden, anstatt die Kettensäge an den Sozialstaat anzulegen!
- Gerade in Zeiten der Krise haben viele Unternehmen ihre Profite massiv gesteigert. Energie- und Rüstungskonzerne, aber auch zahlreiche andere Branchen, haben die allgemeine Inflation genutzt, um Preise weit über das Notwendige hinaus zu erhöhen und so ihre Gewinne auf Kosten der Verbraucher:innen zu maximieren. Diese Gewinn-Preis-Spirale hat die ohnehin steigenden Lebenshaltungskosten zusätzlich verschärft. Wir sagen klar: Diese Bereicherung auf dem Rücken der ökonomisch Schwachen darf nicht hingenommen werden. Übergewinne müssen abgeschöpft und zur Finanzierung der Krisenkosten herangezogen werden. Unser Ziel ist eine **effektive Übergewinnsteuer, die die krisenbedingten Extraprofite abschöpft**. Wir begrüßen eine einheitliche europäische Lösung, die rückwirkend für das Jahr 2022 gilt. Sollte diese jedoch unzureichend sein, sei es durch fehlende Rückwirkung, die Auslassung bestimmter Branchen oder eine zu geringe Höhe, muss sie durch eine konsequente bundesrechtliche Regelung ergänzt werden. Darüber hinaus braucht es ein **verschärftes Kartellrecht**, das es ermöglicht, Konzerne bei der Ausnutzung von

320 Marktmacht auch tatsächlich zu zerschlagen. Gewinne von
321 Kapitalgesellschaften müssen zusätzlich stärker und progressiv besteuert
322 werden. Denn in einer solidarischen Gesellschaft darf Profitgier nicht
belohnt werden, sondern muss demokratisch eingehegt werden.